

Dies wird wohl nun die letzte Nummer dieses Jahr sein, zwei Jahre gibt es uns jetzt schon - wenn ich mir das so überlege - eine lange / kurze Zeit.

Draussen pfeift der Wind ums Haus, das Fenster zieht, immer kälter werden meine Füße, die Hände klamm. Grau in grau der Himmel, die Fassaden der gegenüberliegenden Häuser, nassfahler Schnee säumt die Strassen, keine Vögel zu sehen. Der Winter ist eingezogen in unsere Lande. Tage indenen ich am liebsten in die Welten, die Stimmungen, die Sprache und Bilder eines guten Buches eintauchen möchte - die Gedanken fliegen lassen - warm am knisternden Feuer eines Kamins.

Doch der Winter in der Stadt reisst mich aus meinen Träumen, eingepackt flitze ich durch die Strassen, morgens dunkel, abends dunkel, suche ich das Sonnenlicht, rein in Häuser die die Menschen verschlucken, Arbeits-, Büro-, Aemter-, Sitzungs-, Wohn- und Schlafzimmer.

Mit kaltem Wind, ausbeuterischer Gier und einem überheblich fetttriefenden Grinsen fegt die Geschichte über uns hinweg, kaum mit uns. Da wird mir manchmal bang ums Herz. Wie können wir das alles anpacken, darin nicht untergehen, mit unserem Zorn unserer Wärme, Lebenslust. Dem immer noch festen Willen, nicht das zu wollen was ist. Der Aufmarsch am Golf, die Verbundenheit mit den Gefangenen (in Spanien kämpfen die GenossInnen seit einem Jahr), die drohende Räumung der Hafenstrasse. Sie wollen uns allein schon den Gedanken an die Möglichkeit sich gegen sie durchzusetzen klauen, den auslöschen. Das wir unter dem Misthaufen ihrer Geschichte landen.

NEIN UND NOCHMAL NEIN

Es ist die Zeit in der wir näher zusammenrücken müssen, aber ich denke auch um wieder stärker aus ihr hervorzugehen. Den scharfschneidenden Anblick der FixerInnen, der Obdachlosen, den schärferen Rassismus, nicht aus den Augen drängen - uns nicht zu arrangieren mit dem Elend hier im reichsten Land - dem Land der sozialen Armut, dem Land wo Anmache, Uebergriffe, Angriffe auf Frauen Alltag heisst. Im Strudel der klimpernden Angebote nicht untergehen, uns schmerzlich die Realität vor Augen bringen. Nicht loslassen unsere Kraft, die Suche, die Lust und den Willen, nicht MitläuferIn, nicht TrägerIn, nicht Angepasster zu sein

Dez. 90

Wir entnehmen den folgenden Artikel
der Konkret Nr. 11/90

Hafenstraße



Als am 18. November 1987 vor den besetzten Häusern in der Hafenstraße und der Bernhard-Nocht-Straße die Barrikaden abgebaut wurden, bejubelte die Hansestadt ein »politisches Wunder«: Der Kampf um die seit 1982 besetzten, 1986 teilweise geräumt und 1987 wiederbesetzten Häuser schien friedlich beendet, das Schlachtfeld in ein »alternatives Wohnprojekt« überführt. Nur der »Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße« blieb skeptisch: »Mit der Unterzeichnung des Pachtvertrages sind die Ziele, die sich mit dem Kampf um die Hafenstraße verbinden, noch nicht durchgesetzt. Der Vertrag ist so angelegt, daß bei rigider Handhabung durch den Senat weitere Konflikte unvermeidlich sind. Wir kämpfen weiter.«

Tatsächlich blieb den Bewohnerinnen und Bewohnern des halben Dutzend Häuser kaum eine Verschnaufpause. Schon wenige Wochen nach Vertragsabschluß schalteten die Hamburger Elektrizitätswerke den Strom ab und forderten astronomische Nachzahlungen. Im Januar 1988 bedauerte Generalbundesanwalt Kurt Rebmann, daß der Hamburger Senat die Bundesbehörden nicht zur Hilfe gerufen habe, um das »Projekt Hafenstraße« zu beenden; seine Behörde werde sehr genau gucken, ob sich Möglichkeiten zum Eingreifen böten. Im August 1988 verlangte der Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Tyll Necker, vor 1.300 Industriellen und Managern in Hamburg die Räumung der Hafenstraße, die »den Hafen in Hamburg zum Symbol für Chaos verkommen läßt«. Wenige Wochen später wies Bürgermeister Voscherau (SPD) die Lawetz-Stiftung (die zu diesem Zeitpunkt Vertragspartner des Vereins Hafenstraße war) an, die Bewohnerinnen und Bewohner der Häuser abzumahnen.

Anlaß für die Abmahnung, der bis heute ein halbes Dutzend Kündigungen ge-

folgt sind, war eine Stacheldrahtrolle, die den Zugang zu einem an der Häuserwand aufgebauten Gerüst verwehrte, an dem mehrfach Touristen hochgeklettert waren. Im August 1988 wurde eine Häuserwand mit einer auch in der Hamburger Linken umstrittenen Parole bemalt: »Boycottiert Israel — Waren, Kibbuzim und Strände«. Der Senat verlangte, daß die Wand übermalt wurde, und setzte sich schließlich durch. Im Dezember 1988 nahmen die Bewohnerinnen und Bewohner 21 von Abschiebung bedrohte jugoslawische Roma in ihren Häusern auf: »Weil wir für selbstbestimmtes Leben kämpfen, ist es für uns selbstverständlich, Menschen aufzunehmen, die von diesem Staat und diesem Senat verfolgt werden...«

Am 26. Mai 1989 marschierten ca. 2.500 Polizeibeamte mit Wasserwerfern und Räumpanzern auf und sperrten für etwa zehn Stunden ganz St. Pauli Süd. Angeblich sollten sie die Bauwagen abtransportieren, die auf einem freien Gelände neben den Hafenstraßen-Häusern standen, tatsächlich aber, dieser Verdacht wurde Monate später durch Indiskretionen bestätigt, sollten die Bewohner zu einer Auseinandersetzung provoziert werden, damit nach dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) geräumt werden konnte. Während des Einsatzes wurden Durchsuchungsbefehle für zwei Häuser und später eine Ermächtigung zum Übertünchen der Parole für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen auf einer Hauswand nachgeschoben. Die Bewohnerinnen und Bewohner ließen sich aber nicht provozieren. Selbst als Wasserwerfer versuchten, einzelne Leute, die von den Dächern der Häuser aus das Vorgehen beobachteten, herunterzuspitzen, kam es nicht zur vom Senat erhofften Schlacht. Tags darauf machte die »Bild«-Zeitung »Die Räumung an der Hafenstraße« zum Aufmacher, die Meldung »Genscher droht mit Rücktritt« mußte sich mit Platz

zwei begnügen. Am 28. Juli 1989 versuchten mehrere Polizeibeamte, zwei mutmaßliche Autoknacker festzunehmen; als sie vier unbewaffnete und unmaskierte Bewohner der Hafenstraße auf sich zugehen sahen, gab einer der Polizisten ohne Warnung drei scharfe Schüsse in die Luft ab, ein anderer schoß einem der Herankommenden zwischen die Beine. Anschließend fuhren sie in ihrem Streifenwagen weg. 90 Minuten nach diesem Zwischenfall hielten, begleitet von einem Pressepulk, elf Wannens und Einsatzwagen vor dem »Onkel Otto«, brachen die Tür auf und beschlagnahmten mehrere Latten und einen Sonnenschirm als »Waffen«. Die Lokalpresse machte tags darauf aus vier unvermumten, unbewaffneten Leuten 15 bis 20 vermummte Menschen mit Eisenstangen, Stahlseilen und Fahrradketten, die die Streifenwagenbesatzung bedroht hätten.

Wie Mietrecht, neonazistische Angriffe und polizeiliche Attacken gegen die Bewohner und Bewohnerinnen der Hafenstraße zusammenspielen können, wurde exemplarisch Anfang September 1989 vorgeführt: Am 1. September erklärte die HEW, daß zwei Häusern der Strom abgestellt werden sollte. Daraufhin kündigte die Hafenrandgesellschaft (die die Lawetz-Stiftung als Vertragspartner für den Verein Hafenstraße abgelöst hat) den Mietern der Häuser, weil sie das Zustandekommen von Stromverträgen hintertrieben hätten. Tags darauf, in der Nacht vom 2. auf den 3. September, versuchten etwa vierzig Hooligans, die Häuser anzugreifen. Stunden nachdem sie vertrieben worden waren, explodierte vor der Hafenstraße 108 eine Rohrbombe. Bis zum 3. Stock gingen alle Fenster zu Bruch. Die Hafenrandgesellschaft weigerte sich, für die Instandsetzung der Fassade und der Fenster aufzukommen.

Die Polizei, die sonst wegen jedes geklauten Autoradios sofort mit großem Aufgebot zur Stelle ist, nahm vorerst keine Er-

mittlungen am Tatort auf, weil »normale Polizeieinsätze« in der Hafensstraße nicht durchgeführt werden konnten. Am 3. September räumten drei Hundertschaften Bereitschaftspolizei stattdessen ein Gerüst vor der Hafensstraße 106, um die Fertigstellung einer Wandmalerei an der Fassade des Hauses zu verhindern. Die Malerin Brigitte K. warf empört, aber ziellos und ohne zu treffen, einen Stein. Ein Jahr später wurde sie deswegen vom Amtsgericht Hamburg zu 8 Monaten Haft (auf Bewährung) und 1.500 Mark Geldstrafe verurteilt, obwohl sich inzwischen herausgestellt hatte, daß der Polizeieinsatz rechtswidrig war. Erst nach diesem Räumungseinsatz, der sämtliche Spuren verwischt hatte, begann die Polizei, wegen des Bombenanschlags zu ermitteln.

Im Dezember 1989 wurden Holger Deilke und Ute Hladki wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF verhaftet. Da sie Kontakt zu Leuten in der Hafensstraße hatten, verkündete die Presse: »RAF-Terroristen — Spuren in die Hafensstraße« (»Hamburger Morgenpost«). Damit wurde neben den Versuchen, die Hafensstraße auf miethrechtlichem Wege zu kündigen oder sie unter Zuhilfenahme des SOG zu räumen, ein weiteres, erfahrungsgemäß äußerst wirkungsvolles Mittel zur Beendigung des »Projekts Hafensstraße« und zur Isolierung der Bewohnerinnen und Bewohner eingesetzt. Den Boden dafür hatte Verfassungsschützer Lochte bereitet, der seit 1985 bei jeder Gelegenheit und mit Vorliebe in der »Tageszeitung« über die RAF-Hafensstraßen-Connection »aufklärt«. Von nun an stimmten die Politiker aller Parteien (außer der GAL) bei jeder Gelegenheit ihr »ceterum censeo« an: »Das Projekt Hafensstraße muß endlich auf rechtsstaatlichem Wege beendet werden« (Innensenator Hackmann).

Die »Zwischenfälle« häufen sich seitdem: Hooligans marschieren nach fast jedem Fußballspiel auf die Hafensstraße, Polizisten jagen vermeintliche Autoknacker in Wild-West-Manier, Hafensstraßen-Bewohner werden — wie sich auf der Wache herausstellt: »irrtümlich« — auf offener Straße festgenommen, Streifenwagen fahren täglich grundlos mit Blaulicht an den Häusern entlang. Und die lokale Presse bemüht sich nach Kräften, die Polizeiberichte stimmungsvoll zu ergänzen: Aus Neonazis, die Punks angreifen, macht sie »Passanten«, die von »vermummten Personen aus dem Bereich der Hafensstraße attackiert werden«.

Im Mai 1990 sperrten auf Antrag der Bundesanwaltschaft etwa 3.000 Polizisten, Bundesgrenzschützer, BKA-Beamte und Staatsschützer fast einen ganzen Tag lang ein Areal von mehreren tausend Quadratmetern ab und verwandelten es in eine Kontrollstelle zur »Terroristen«-Fahndung. Der Presse wurde der Zutritt zum Areal verwehrt, sämtliche Anwohner und die Besucher, die sich zufällig in dem Gebiet aufhielten, mußten ihre Personalien überprüfen lassen. 22 Leute wurden vorläufig festgenommen — nur der angebliche Zweck der Übung, die Vollstreckung der beiden ein paar Wochen alten Haftbefehle gegen Corinna K. und Karl-Heinz G. wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF, wurde verfehlt: Den Zivilfahn-



Wandbild an einem Hafensstrassenhaus

dern des BKA war »entgangen«, daß die Gesuchten sich an diesem Tag zuhause bei ihren Eltern befanden.

Aus den durchsuchten 13 Wohnungen wurde lastwagenweise »Beweismaterial«, darunter ein Kopierer und ein Computer, abtransportiert. Monate später dienten dem »Stern« Stadtpläne, die dabei beschlagnahmt wurden, als Basis für eine Titelgeschichte über die »Todesliste der RAF«, in der es hieß: »Die Hafensstraße ist einer der wichtigsten Stützpunkte der Roten Armee Fraktion in der Bundesrepublik. Mindestens zehn Personen des engsten RAF-Umfeldes leben dort... Es sind nicht nur Sympathisanten. Viele sind persönlich an RAF-Aktivitäten beteiligt.«

Als die Presseberichte über die RAF-Zentrale Hafensstraße nicht enden wollten, wurde es der RAF zu bunt. In einem überraschenden Bekennerschreiben demontierten die Verfassungsschützer am 24. September die Legende der Verfassungsschützer: »Jetzt im Rahmen der Hetze gegen den Hafen kochen sie die wildesten Konstruktionen zusammen, da sollen wir dann in jeder Küche sitzen... Wir sagen gegen diese Lüge: Es gab und gibt keine Pläne von uns in der Hafensstraße, noch gibt es 'legale' Mitglieder der

RAF — weder im Hafen, noch gibt es u. überhaupt.«

Inzwischen aber war die Hafensstraße sogar Thema der Bundespolitik geworden. Am 19. September befaßte sich auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion der Deutsche Bundestag mit der Situation in den Häusern. »Wie lange will der Senat noch dulden, daß die Häuser in der Hafensstraße einer Mörderbande als logistische Basis dienen?« fragte der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete Echternach; für die FDP forderte der Abgeordnete Lüde die Beendigung des »gescheiterten Projekts«, und im Namen der SPD übte Freimut Duve, einst Befürworter des Mietvertrages, Selbstkritik: »Es ist ein sehr, sehr ernstes Thema. Es betrifft alle großen Städte. Wir können all die Menschen, die in unser Leben nicht völlig integrierbar sind, nicht mehr so ohne weiteres so behandeln und so unterbringen, wie wir es gern gewollt hätten. Insofern habe ich damals, als ich empfahl, diese Verträge so zu machen, selber einen Fehler gemacht«. Wer nicht pariert, wie Duve es gelernt hat, der hat seinen Anspruch auf eine Unterbringung »wie wir es gern gewollt hätten« verwirkt.